

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ „JUGENDWACHT“ „RECHTSFRAGEN“

Erscheint jeden Dienstag, Redaktionsschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lantke, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Hansa 8462 u. 4934.

Verlag: Fr. Krieg, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post
Inserate: Die 6gespaltene Nonpareillezeile 1 M., bei Arbeitsmarkt,
Gratulationen, aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Das Parlament der Gewerkschaften.

In Hamburg beginnt am 3. September die Tagung des 13. Kongresses der freien Gewerkschaften. Seit der 12. Tagung vor drei Jahren in Breslau ist eine gewaltige Aufwärtsentwicklung festzustellen. Der Mitgliederstand erhöht sich auf 4 415 689, davon sind 650 501 Arbeiterinnen. Besonders erfreulich ist der starke Aufstieg der jugendlichen Mitglieder im verfloßenen Jahr von 117 597 auf 135 872. Die bedeutende Mitgliederzunahme in den wenigen Jahren nach der Inflation zeigt uns den gesunden Kern in den Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften überragen weit sämtliche übrigen Richtungen in den Arbeiterorganisationen und sind heute zu einem Machtfaktor herangereift, mit denen sich das Unternehmertum und seine Presse recht eingehend beschäftigt.

In diesen Kreisen wächst langsam doch die Erkenntnis heran, daß die Gewerkschaften nicht mehr beiseite geschoben werden können, sondern in allen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen entscheidenden Einfluß ausüben. Wir sehen diese Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiet ganz besonders aus den Ergebnissen der Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen, über die ebenfalls im Jahrbuch 1927 des ADGB eingehend berichtet wird.

Im letzten Berichtsjahr wurden insgesamt 14 367 Bewegungen in 737 387 Betrieben mit 16 046 193 beschäftigten Personen geführt. Direkt an diesen Bewegungen waren beteiligt 14 939 149 Personen (darunter 4 174 520 Arbeiterinnen). Die Bewegungen erstreckten sich weit über den Bereich der Gewerkschaftsmitglieder und umfaßten fast die gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Industrie und dem Handwerk. Die Macht der Organisation ist an dem Ausgang der Bewegungen zu ersehen, die in 12 980 Fällen mit 14 116 487 Personen oder 95,5 Proz. friedlich verliefen. Zu Arbeitseinstellungen und Ausperrungen kam es in 1387 Fällen mit 632 322 Personen, darunter waren allein 166 Ausperrungen zu verzeichnen, die sich auf 311 247 Personen (133 756 Arbeiterinnen) erstreckten. Aus diesen Zahlen ist recht deutlich die gewaltige Macht, die sich in den freien Gewerkschaften konzentriert, erkenntlich. Sie überragen weit jene in der Vorkriegszeit.

Das Ergebnis der wirtschaftlichen Kampfe führte eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung für 2 138 849 Personen von 752 204 Stunden wöchentlich herbei. Die Lohnhöhungen betragen durchschnittlich pro Person 2,54 RM. wöchentlich für 7 332 460 Arbeiter und 1,56 RM. für 2 783 357 Arbeiterinnen. Sonstige Verbesserungen wurden für 4 080 534 Personen erreicht. Abgewehrt wurden für 18 085 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 100 645 Stunden sowie eine Lohnkürzung für 111 862 Personen von durchschnittlich 2,18 RM. pro Woche, außerdem sonstige Verschlechterungen für 202 588 Personen.

Tarifverträge wurden in 1677 Fällen für 2 348 301 Personen abgeschlossen. In 2652 Fällen mit 5 034 820 Personen wurden die Tarifverträge verlängert und in 2097 Fällen mit 5 596 028 Personen ein Nachtrag vereinbart.

Das sind erfreuliche Zahlen, die uns unterbreitet wurden. Ein mächtiger Fortschritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage für die Arbeiter und

Arbeiterinnen ist daraus ersichtlich. Damit sind aber die Vorteile, die die Gewerkschaften den Arbeitern und Arbeiterinnen bieten, noch nicht erschöpft. Die Gewerkschaften konnten an ihre Mitglieder enorme Summen für Unterstützungszwecke auszahlen. Von den Gesamteinnahmen 182 252 326 Reichsmark, wurden für Reiseunterstützung 437 164 Reichsmark, für Arbeitslosenunterstützung 14 881 556 Reichsmark, Krankenunterstützung 17 892 247 RM., Invalidenunterstützung 2 020 451 RM., Sterbegelder 2 711 095 RM., Umzugs-, Notfall- und sonstige Unterstützung 2 370 917 RM., Rechtsschutz 652 254 RM. oder insgesamt 40 965 984 RM. an die Mitglieder zurückerstattet. An Unterstützungen bei Lohnkämpfen konnten 11 352 288 RM. an die Mitglieder ausgezahlt werden. Für die Verbandszeitungen wurden 5 964 577 RM., für Bildungszwecke 2 869 574 RM. aufgewendet. Die Einnahmen pro Kopf der Mitglieder schwanken zwischen 19,78 RM. (Landarbeiter) und 86,87 RM. (Buchdrucker). Ueber die Gewerkschaftspresse wird berichtet, daß 36 Verbandsorgane (davon wöchentlich eins zweimal) bei einer Gesamtauflage von 4 685 990 Exemplaren erscheinen. Außerdem werden 13 Branchenorgane, 15 Fachorgane, 13 Jugendorgane und 21 Spezialorgane in großen Auflagen herausgegeben*).

Diese wenigen Zahlen, die wir dem umfangreichen Jahrbuch entnommen haben, geben der Arbeiterschaft nur einen Teileinblick in die Tätigkeit der Gewerkschaften und ihrer erreichten Erfolge auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten für die gesamte werktätige Bevölkerung. Wir nehmen an, daß sie bestimmt dazu beitragen werden, die gleichgültigen und mutlosen Massen baldigst von der Notwendigkeit des Anschlusses an ihre wirtschaftliche Interessenvertretung zu überzeugen. Die Zeiten sind doch endgültig vorüber, wo der einzelne sich selbst gegen die wirtschaftliche Ausbeutung schützen konnte.

Die Hamburger Tagung wird große Probleme zu lösen versuchen. Es wird dort Stellung genommen zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Dazu muß gesagt werden, daß wir von der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie noch weit entfernt sind. Dem Unternehmertum fällt es nicht ein, freiwillig die Autokratie in den Betrieben und der Wirtschaft preiszugeben und an ihre Stelle das demokratische Prinzip der paritätischen Mitwirkung der Arbeiterschaft zu setzen. Es wird noch eines harten Kampfes bedürfen, um der Arbeiterschaft die ihr gebührende Stellung im Wirtschaftsleben zu sichern. Gewiß sind Fortschritte nach dieser Richtung zu verzeichnen. Kleine Anfänge. Die Verfassung der deutschen Republik bietet so viele Möglichkeiten auf gezieltem Wege die Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen. Was nützt uns aber die Verfassung, wenn wir in den letzten Jahren erleben mußten, daß die Regierung des Bürgerblocks in der verfassungswidrigen Weise gehandelt hat. Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie hängt mit der Verstärkung des Einflusses der Arbeiterschaft auf

die Gesetzgebung, der politischen Ueberzeugung und Mitwirkung bei den politischen Wahlen zur Erreichung dieses Zieles zusammen. So lange ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung bei den politischen Wahlen seine Stimme den Vertretern der Hochfinanz und der Großindustrie gibt, und von diesen die Wirtschaftspolitik zum Schaden der Arbeiterschaft beeinflusst werden kann, wird sich die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie nicht erreichen lassen. Wenn Fortschritte nach der Richtung eintreten sollen, dann muß es Aufgabe der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft als Staatsbürger sein, sich bei den Wahlen in dem Sinne zu betätigen, um das Ziel der Wirtschaftsdemokratie zu erreichen.

Ebenso trifft das für die Umgestaltung in den Einrichtungen in der Sozialgesetzgebung zu. Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in der Sozialgesetzgebung ist dringend notwendig, der Bureaumatismus muß aus diesen Institutionen verschwinden; der Arbeiterschaft muß größeres Mitbestimmungsrecht wie seither eingeräumt werden. Sie ist der Hauptträger der Sozialgesetzgebung und bringt dazu das größte Opfer. Die aufgebrachten Beiträge zur Durchführung der Sozialgesetzgebung erfolgen aus der Mehrwertschöpfung des Arbeiters. Auch der Unternehmeranteil fließt aus dieser Quelle, und somit muß demjenigen Teil, der die Kosten in erster Linie dazu aufbringt, das Mitbestimmungsrecht bedeutend erweitert werden.

Es wird auch über die Bildungsarbeit in den Gewerkschaften gesprochen. In dieser Richtung haben die gewerkschaftlichen Organisationen bereits große Fortschritte erzielt, aber immerhin stehen wir noch im Anfang dieser Neugestaltung der Probleme auf dem Gebiete des Bildungswesens, und der Aufzeffekt wird erst in kommender Zeit wirksam in die Erscheinung treten.

So wird das Parlament der Gewerkschaften große Fragen zu lösen haben. Wir wünschen auch, daß endlich in der Neuorientierung und Umgruppierung der Gewerkschaften klare Richtlinien vom Kongress herausgegeben werden. Der jetzt bestehende Zustand über die Abgrenzung der einzelnen Verbandsgebiete ist untragbar und kann auf die Länge der Zeit nicht mehr aufrechterhalten werden. Neue Berufszweige sind entstanden, die wir bei Gründung der Gewerkschaften noch nicht kannten. Die Konzentrationsbestrebungen im kapitalistischen Lager schufen vollständig neue Formen der Gemischtindustrien. Der Bundesvorstand muß sich endlich dazu aufschwingen, einen neuen Plan über die Abgrenzung der Agitationsgebiete für die einzelnen Gewerkschaften auszuarbeiten. Wohl wissen wir, daß dieses Problem nicht einfach zu lösen ist, sondern mancherlei Schwierigkeiten und Hindernisse ihm im Wege stehen. Aber auch diese Störungen müssen überwunden werden, wenn nicht Gefahren entstehen sollen, die das große starke Gebäude der Gewerkschaften unterminieren können. Klärung auf diesem Gebiete ist unbedingt notwendig im Interesse des weiteren Fortschrittes der freien Gewerkschaften.

Wir wünschen der Tagung den besten Erfolg und erwarten, daß sie wie ihre Vorgänger richtunggebend für den Aufstieg der Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe sein wird.

*) Das Jahrbuch ist in der Verlagsanstalt des ADGB, Berlin S. 14, Inselstraße 6, erschienen. Preis 7 M., gebunden, 5,85 M. broschiert. Organisationspreis 5,30 bzw. 4,40 M.

Die Fleischer-Berufsgenossenschaft 1927.

Dem Geschäftsbericht der Fleischer-Berufsgenossenschaft seien folgende Zahlen und Angaben entnommen: Die Berufsgenossenschaft in Mainz, die sich auf das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches erstreckt, umfaßte im Jahre 1927 insgesamt 56 439 versicherte Betriebe mit 128 530 Bollarbeitern. Im Vorjahr waren es 54 687 Betriebe mit 119 338 Beschäftigten. Es hat demnach sowohl die Zahl der Betriebe als auch die der Arbeitnehmer zugenommen. Aus den Zahlen ist ersichtlich, daß das Fleischerergewerbe heute noch in übermäßigem Maße kleingewerblichen Charakter trägt. Auf einen versicherten Betrieb entfallen im Durchschnitt rund zwei Bollarbeiter. Daß dies für die Durchführung der Unfallversicherung nicht gerade günstig ist, werden wir am Schluß zeigen. Sehr bezeichnend für die Billigkeit der Unternehmer ist es, daß nicht weniger als 19 430 wegen Nichterreichung der Lohnnachweise gemahnt werden mußten. Diese Sabotage oder Unachtsamkeit kommt noch krasser zum Ausdruck, wenn man liest, daß die Genossenschaft folgende Bestrafungen verhängen mußte:

- 20 Arbeitgeber wegen verspäteter Betriebsanmeldung mit zusammen 227 RM. Strafe,
- 7559 Arbeitgeber wegen verspäteter Lohnnachweise mit zusammen 39 295 RM. Strafe,
- 147 Arbeitgeber wegen unrichtiger Lohnnachweise mit zusammen 1428 RM. Strafe,
- 243 Arbeitgeber wegen unrichtiger Fehlanzeige mit zusammen 1586 RM. Strafe.

Noch deutlicher kommen die Schwierigkeiten, die der Versicherungsträger zu überwinden hat, durch folgende Angaben des Geschäftsberichtes zum Ausdruck: Beim Einzug der letzten Umlage (Versicherungsbeiträge) waren 24 243 Mahnungen und 12 434 Ersuchen an die Behörden um Beitreibung erforderlich. „Stellt man diesen Zahlen die Anzahl der überhaupt versicherten Betriebe (56 439) gegenüber, so kann man sich ein Bild davon machen, wie die Fleischermeister ihre Verpflichtungen auffassen und daß sie zu einem großen Teil (rund 2/3 aller Unternehmer) erst durch Anwendung der äußersten Zwangsmittel dazu gebracht werden können, ihrer Beitragspflicht zu genügen. Daß dies alles andere als ein gutes Licht auf die Fleischermeister wirft, das braucht wohl nicht erst betont zu werden. Die Ausgaben der Genossenschaft betrugen im Berichtsjahre:

Entschädigungen (Renten usw.)	1 724 089,68 Mt.
Unfallversicherung	80 103,66 Mt.
Verfahrenskosten	58 796,60 Mt.
Zinsen, Steuern usw.	53 615,33 Mt.
Verwaltungskosten	417 083,81 Mt.

Auffallen muß bei dieser Zusammenstellung die sehr niedrige Ausgabe für Zwecke der Unfallversicherung und im Gegensatz hierzu die beträchtlichen Verwaltungskosten. Bei der Saumseligkeit der Arbeitgeber ist es jedoch verständlich, daß die Verwaltungskosten in die Höhe schnellen müssen.

Im Berichtsjahr wurden an die versicherten Arbeitnehmer, die irgendwelche Ansprüche erhoben hatten oder bereits Leistungen beziehen, 2941 Bescheide mit 334 Feststellungen verschickt. Diese verteilen sich auf

Entschädigungsbewilligungen	1412
Entschädigungsabänderungen	1073
Entschädigungsablehnungen	549

Die Zahl der Rentenempfänger betrug am Schluß des Berichtsjahres 3978 gegen 3620 am Schluß des Vorjahres. Auf einen Rentenempfänger entfällt im Durchschnitt eine Rente in Höhe von 26,09 Proz. In 67 Fällen wurden Verlethe abgefunden. Die gesamte Abfindungssumme für alle diese Fälle betrug 101 543,22 Mt.

Sehr interessant sind die Angaben über die Betriebsunfälle und die Unfallverhütung. Die Zahl der im Berichtsjahr überhaupt gemeldeten Unfälle betrug 7363 (im Vorjahre 9421). Erfürmalig entschädigt wurden 1025 Unfälle, von denen 35 tödlich verliefen. Auf je 1000 Versicherte entfallen demnach 37,29 gemeldete, 7,98 erstmalig entschädigte und 0,28 tödliche Unfälle. Von den 1025 erstmalig entschädigten Unfällen ereigneten sich

- 154 an Maschinen und Apparaten (15,03 Proz.),
- 306 bei Benutzung von Handwerkzeug (29,85 Proz.),
- 188 aus anderen Gründen innerhalb der Betriebsräume (18,31 Proz.),
- 377 als Verkehrsunfälle außerhalb der Betriebe (36,78 Proz.).

Hier muß besonders die verhältnismäßig hohe Zahl der sogenannten Verkehrsunfälle auffallen. Bemerkenswert ist, daß allein 9 schwere und 59 leichtere Unfälle auf Personen unter 17 Jahre entfallen. Mit einem Fragezeichen muß man irgendeinen Satz des Geschäftsberichtes bezeichnen: „Das geringe Durchschnittsalter unserer Versicherten und die überwiegende Ernährung mit kräftiger Nahrung bilden eine gute Vorbedingung zum Wachstum und lassen ihre Körperkraft häufig überschätzen.“ Daß die unregelmäßige und oft auch überlange Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge auch in bezug auf die Unfall-

häufigkeit ungünstig einwirkt, darauf haben wir schon häufig hingewiesen. Bestätigt wird jetzt diese Annahme durch folgenden Satz des Berichtes: „Da das Ende der täglichen Arbeitszeit nicht von der Stunde, sondern von der Erledigung des vorliegenden Pensums abhängt, ist jeder Beschäftigte bemüht, nach besten Kräften für die rasche Bewältigung der Arbeit zu sorgen, die außerdem auch sehr häufig durch die Leichtverderblichkeit der Fleischwaren naturgemäß gefordert wird. Bei solch rascher Arbeit bleiben die Unfallverhütungsvorschriften vielfach unbeachtet.“ Ferner wird darauf hingewiesen, daß der unvermeidbar schlüpfriige Zustand in den Betriebsräumen und der oft erforderliche Aufenthalt außerhalb der Betriebsräume im Straßenverkehr ebenfalls erhöhte Gefahrenmöglichkeiten bieten.

Ein besonders trübes Kapitel bilden auch die Bemühungen der Genossenschaft zur Herabminderung der Unfälle. Insgesamt wurden von den technischen Aufsichtsbeamten 6130 Betriebe kontrolliert. Bei diesen Revisionen wurden nicht weniger als 17 309 bemerkenswertere Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. Die Zahl der revidierten Betriebe ist äußerst gering. Eine häufigere Kontrolle ist um so notwendiger, wenn man die hohe Zahl der Beanstandungen betrachtet. Der Bericht führt darüber Klage, daß die von den Aufsichtsbeamten festgestellten und gerügten Mängel in vielen Fällen erst nach mehrmaligen Aufforderungen von den Arbeitgebern abgestellt wurden. Es bedurfte erst öfterer Mahnungen. In einigen Fällen mußten sogar Ordnungsstrafen in Höhe von 350 bis 30 Mt. verhängt werden. Der Vorstand der Genossenschaft sah sich deshalb veranlaßt, wirksamere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, um den Unordnungen der Aufsichtsbeamten mehr Nachdruck zu verleihen. Daß die Arbeitsräume oft der notwendigen Sicherheit und allen sanitären Maßnahmen hohn bieten, darüber beklagt sich die Genossenschaft ebenfalls. Sie berichtet von schlecht beleuchteten und mit unzureichenden Zugängen versehenen Kellern, die als Arbeitsräume dienen. Auch darüber wird Klage geführt, daß immer

wieder jugendliche Arbeitnehmer an unzureichend geschützten Maschinen beschäftigt werden. Der Zustand der Licht- und Kraftanlagen wird ebenfalls bemängelt. Auch auf ein altes Uebel wird hingewiesen, das man in den Betrieben sämtlicher Berufsgenossenschaften verzeichnen findet. Es ist dies die Herstellung und der Betrieb ungeschützter oder ungenügend geschützter Arbeitsmaschinen. Gerade derartige zweifelhafte Hilfsmittel werden wegen ihrer Billigkeit „von Anfängern und wirtschaftlich schwachen Unternehmern“ oft gekauft. Gerade in diesen Betrieben ist die Gefahr aber um so größer, als diese nach dem Bericht der Genossenschaft stets billige, d. h. jugendliche Arbeitnehmer beschäftigen. Zu erwähnen sei noch, daß gegen elf Betriebsunternehmer Schadensprüche geltend gemacht wurden, da sie die Unfälle fahrlässig herbeigeführt hatten. Von diesen Fällen betrafen drei Arbeitnehmer unter 14 Jahren. Aber nicht nur gegen die Unternehmer führt der Bericht Klage, sondern auch gegen die Arbeitnehmer. Es heißt in ihm: „Alle Aufsichtsbeamten berichten, daß die Versicherten im allgemeinen für Belehrungen kein nennenswertes Interesse bekunden. Häufig ist eine Entfernung solcher Schutzrichtungen erfolgt, die geeignet sind, das Arbeitstempo zu verlangsamen.“ Gewiß mag hier und da ein solcher Fall eingetreten sein. Er hat aber dann seinen Grund darin, daß die Arbeitnehmer die vielleicht allzulange Arbeitszeit abkürzen wollten und, wie im Fleischerergewerbe vielfach üblich, vom Unternehmer angetrieben wurden.

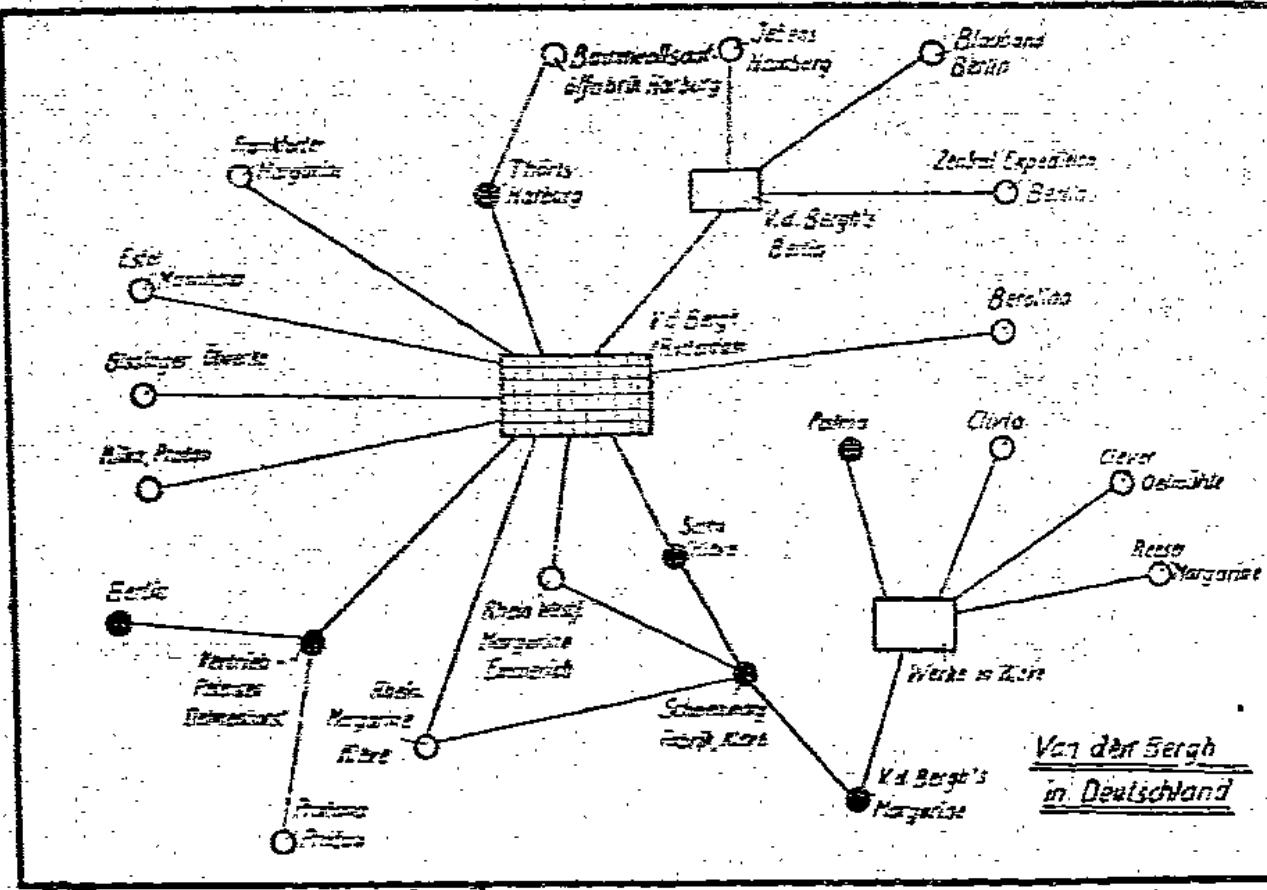
Diese Auschnitte aus dem Geschäftsbericht mögen genügen. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Unfallverhütung eine Sisyphusarbeit bleiben muß, wenn die Unternehmer alle Bestrebungen sabotieren. Den Meistern wird in dem Bericht von ihren Kollegen (der Vorstand der Genossenschaft besteht ja nur aus Unternehmern) ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Die Beiträge werden nicht gezahlt, die Unfallverhütungsvorschriften werden nicht beachtet usw. Die Sache wird erst dann anders werden und die Unfallbekämpfung erst dann mit Erfolg aufgenommen werden können, wenn auch die Versicherten in der Verwaltung der Unfallversicherung fühlbare Rechte eingeräumt erhalten!

Konzentration in der Margarineindustrie.

(III. Der englisch-holländische Trust.)

In dem deutschen Flügel des holländisch-englischen Margarinetrusts Jurgens und van den Bergh ist van den Bergh wohl der schwächere Teil. Die ganze Gliederung des Konzerns scheint auch nicht jene Einheitslichkeit zu

Delinteressen bei der S. Thörls Vereinigte Harburger Oelfabriken A.-G. in Harburg, ebenfalls in Harburg, angeschlossen ist. In beiden Gesellschaften arbeiten beachtenswerte Kapital-



massen; sie verfügen zusammen über ein Aktienkapital von rund 16 Millionen Mark. Das Kapital der Thörl A.-G. befindet sich bis zu 75 Proz. bei van den Bergh. Hinsichtlich einer kommenden Entwicklung ist im Besitzstand van den Berghs die Milka-Mahrmittelwerke G. m. b. H. in Pratau a. d. Elbe interessant. Sehr wahrscheinlich hat man in ihr einen Punkt zu sehen, von dem aus der Gesamtflügel Jurgens und van den Bergh neue Beteiligungen erwerben wird. In Frage kommen einige bekannte Schokoladenfabriken in Hamburg und in Magdeburg. An der Aktion scheint auch der tschechische Seifenkonzern Schicht (Glida), der ja besondere Verbindungen mit

Jurgens auszeichnet. Das geht schon daraus hervor, daß sich der Van-den-Bergh-Konzern aus viel mehr Fabrikationseinheiten zusammensetzt als der Jurgens-Konzern. Die Grundzüge der Gliederung bei van den Bergh gibt unser Schaubild wieder.

Die Jurgens hält sich auch van den Bergh in seiner Fabrikation auf die Wasserkrante, wo die Heranschaffung von überseeischen Rohstoffen günstig liegt und von wo aus auch das Eingreifen in das große Verbrauchergebiet Berlins möglich ist, und auf den Niederrhein, der ebenfalls die Zuführung von Rohstoffen auf dem Wasserweg gestattet und die natürliche Brücke nach dem anderen großen Verbrauchergebiet in Deutschland, dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist. Der Van-den-Bergh-Konzern verfügt auch über ein gut ausgebautes Vertriebsnetz. Dahin gehören die Margarinevertriebs-G. m. b. H. in Berlin (in unserem Schaubild kurz mit Berlin bezeichnet), die Betriebsgesellschaft Delmenhorster Margarine-Ge. u. Vertriebs G. m. b. H. in Delmenhorst und die Prana Pflanzenbutter- und Speiseöl-Vertriebs-G. m. b. H. in Prana. Die in unserem Schaubild mit Clivia (Del) bezeichnete Gesellschaft stellt die Clivia G. m. b. H. in Cleve dar. Das Unternehmen arbeitet mit einem Aktienkapital von 350 000 Mark und befindet sich ganz im Besitz des Van-den-Bergh-Konzerns. Im übrigen liegen die

Jurgens unterhält, beteiligt zu sein. Jedoch befinden sich die Dinge noch völlig in der Schwebe, so daß heute noch nichts Bestimmtes über sie gesagt werden kann. Fest scheint zu stehen, daß der Margarinetrust, wenn wir die Verbindung Jurgens und van den Bergh als einheitsliches Gebilde nehmen wollen, das Bestreben hat, in die eigentliche Nahrungsmittelindustrie einzudringen.

Ueber die Stammgesellschaften von Jurgens und van den Bergh, den holländisch-englischen Margarinetrust, ist in den letzten Jahren sehr viel geschrieben, aber auch sehr viel gefabelt worden. Jedenfalls war es den Trusts immer wieder möglich, als Antwort auf bestimmte Feststellungen darauf hinzuweisen, daß es nicht so sei. Schon daraus geht hervor, daß es sich bei dem Margarinetrust um eins der undurchsichtigsten Gebilde internationaler Art handelt. Auf Grund von Veröffentlichungen holländischer und englischer Banken, die an dem Trust interessiert sind, möchten wir über die Gliederung der Stammgesellschaft folgendes Bild entwerfen, das für sich in Anspruch nehmen kann, zum mindesten in den Grundzügen zutreffend. Der Schwerpunkt von Jurgens liegt nach einer Uebersicht, die kürzlich in der niederländischen Handelspresse gegeben wurde, in Holland, während die oft genannte Jurgens Ltd. in London nichts mehr als eine Zweigfabrik mit eigener Ver-

Anton Jurgens, Vereenigde Fabrieken — N. B. van den Berghs, Limited, London

Stammkapital 121,62 Millionen Gulden
Obligationen 39,79

Kapital 3,58 Millionen Pfund

Jurgens Ltd., London
Kap. 6 Mill. Pfund

Home & Colonial
Stores Ltd., London
Kapital 2,4 Mill. Pf.

Manpole Dairy Co. Ltd.,
London
Kapital 2,96 Mill. Pfund

Manpole Margarine Works Limited, Southhall
Kapital 0,65 Millionen Pfund
British Oil Works Ltd. — Palmine Ltd.

N. B. van den Berghs Fabrieken, Rotterdam
Kapital 58,51 Millionen Gulden
Obligationen 18,32 Millionen Gulden

Lipton Ltd., London
Kapital
2,85 Millionen Pfund

Meadow Dairy Co. Ltd.,
London
Kapital 1,41 Mill. Pf.

Broughs Ltd. — Neale's Tea Stores — Pearl's
Dairies Ltd. — Sherry Dairy Co. Ltd.

kaufsabteilung darstellt. Außerdem hat Jurgens Beziehungen zu den Home & Colonial Stores Ltd., die jedenfalls auf der Grundlage von Absatzregelungen beruhen, aber bisher sehr undeutlich zu erkennen sind. Die Home & Colonial Stores kontrollieren ihrerseits wieder die Manpole Dairy Co. Ltd. Diese hatten vor dem Krieg eine große Bedeutung, wurden aber in der Nachkriegszeit von der sie jetzt kontrollierenden Firma, den Home & Colonial Stores Ltd., völlig in den Hintergrund gedrängt. Auch ist von dem Unternehmen inzwischen ein weiteres Unternehmen, die Manpole Margarine Works Ltd., abgezweigt worden. Die Manpole Margarine Works verfügen über 1000 eigene Läden in England und verkaufen sowohl Manpole- als auch Jurgensprodukte.

Die van den Berghs haben, im Gegensatz zu den Jurgens, ihren Hauptsitz in London, von wo die N. B. van den Berghs Fabrieken, Rotterdam, und über diese wieder die kontinentalen Verbindungen nach Deutschland, der Tschechoslowakei usw. abzweigen. In England selbst gehört die Lipton Ltd., London, dem Konzern unmittelbar an, während das augenscheinlich bestehende Verhältnis zu der Meadow Dairy Co. nur lose verknüpft zu sein scheint. Von den letztgenannten Unternehmen hängen in England zahlreiche andere Gesellschaften ab, worunter die Pearl's Dairy Co. besonders zu nennen ist. So ergibt sich hinsichtlich der Struktur der Stammgesellschaften, ohne Berücksichtigung der mitteleuropäischen Länder, folgendes Bild:

Inwiefern die Verständigung der beiden Konzerne über Absatz und Preis zu einer Milderung in der Struktur der beteiligten Gesellschaft geführt hat, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Soweit die Quotenverteilung in Frage kommt, ist festzustellen, daß der Jurgenskonzern ohne Zweifel der stärkere Teil ist.

Die Ausdehnung des englisch-holländischen Margarinekonzerns fußt auf der starken Zunahme des Margarineverbrauchs, besonders in den Nachkriegsjahren. Der Gesamtkonsum ist sehr schwer festzustellen. An der Spitze der verbrauchenden Länder dürfte mengenmäßig gesehen, Deutschland mit weit über 450 Mil-

lionen Kilogramm stehen. Für Deutschland ist zu bemerken, daß bisher der größte Konsum wohl im Jahre 1922 mit über 450 Mill. Kilogramm erreicht wurde, während der Verbrauch im Jahre der Großinflation — ein Zeichen für die tiefgehende Verarmung des Volkes durch die Politik der Marktentwertung — auf etwas 300 Millionen Kilogramm sank. Erst nach

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!

Am 1. September ist der 35. Wochenbeitrag fällig!

der Stabilisierung erfolgte eine Steigerung auf rund 320 Millionen Kilogramm im Jahre 1924 und 350 Millionen Kilogramm im folgenden Jahre. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir in England, wo der Verbrauch 1922 = 325 Millionen Kilogramm betrug und im Jahre 1925 bis auf 275 Millionen Kilogramm zurückgegangen war. Der gegenwärtige Verbrauch dürfte in England, auf das Jahr berechnet, ungefähr um 300 Millionen Kilogramm liegen. Ihm folgen Dänemark mit 75 Millionen Kilogramm, Holland mit 60 Millionen Kilogramm, Frankreich mit 40 Millionen, Norwegen mit rund 39 Millionen und Schweden mit ungefähr 34 Millionen Kilogramm.

Ganz anders sieht es aus, wenn man den Verbrauch pro Kopf betrachtet. Hier stehen, was sich aus den besonders gelagerten Verhältnissen ergibt, diejenigen Länder an der Spitze, die die größten Butterexporteure Europas sind, nämlich Dänemark und Holland. Der Margarineverbrauch in Dänemark dürfte pro Kopf und pro Jahr 45 Pfund betragen, gegenüber 30 Pfund im Jahre 1913. Der gesteigerte Butterexport hat hier einen vermehrten Margarineverbrauch zur Folge gehabt; der Butterexport geht im großen und ganzen auf Kosten der breiten Schichten vor sich. In Norwegen steigerte sich der Margarineverbrauch von 22 Pfund im Jahre 1913 auf ungefähr 36 Pfund von heute, in Holland von 12 Pfund auf 17 Pfund, in England von 7 auf 11 Pfund und in Deutschland von gut 7,5 Pfund auf rund 14 Pfund.

für Gelehrte und Ungelehrte verschieden hohe Löhne angelegt. Es liegen also schon Vorteile für die Arbeitnehmer darin, daß überhaupt Tarifverträge bestehen, also eine Basis, worauf sich beide Teile, Arbeitnehmer und Arbeitgeber einigen können. Früher, als die Arbeitnehmer im süßen Beruf noch ihren Dornröschenschlaf schliefen, war es manchmal unangenehm bei Antritt einer neuen Stellung die Gehaltsfrage zu besprechen. Man mußte nicht recht: Verlangte man zuviel Gehalt, so war man „zu teuer“. Verlangte man zu wenig, so „verstand man nicht viel.“ In diesem Punkt ist der Tarif sehr vorteilhaft. Auch in der Regelung der Arbeitszeit und der Ferien hat man im Tarif doch einen Anhaltspunkt. Wenn auch heute in Konditorbetrieben die Arbeitszeit nicht mehr willkürlich ausgedehnt werden kann, wie es vor dem Kriege der Fall war, so hat doch die Zeit nach dem Kriege bewiesen, daß man auch mit einer weit kürzeren Arbeitszeit dasselbe zu leisten imstande ist, weil man sich durch die Verhältnisse gezwungen sah, die Arbeit richtig zu gliedern und einzuteilen. Dem Schlandrian, der früher so oft in der Backstube herrschte und viel schuld daran war, daß die Arbeitszeit übermäßig ausgedehnt war, ist heute durch den Tarifgedanken ein Kiesel vorgeschoben. Wenn auch manchmal ein oder zwei Stunden länger gearbeitet wird, so haben beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, doch auch die Gewißheit, daß in diesen Ueberstunden viel geleistet wird. Ich glaube bestimmt, daß sich auch viele Arbeitgeber, besonders in der Großstadt daran gewöhnt haben und heute zufrieden sind, daß das Wohnen der Gehilfen beim Arbeitgeber, wie es früher der Fall war, aufgehört hat und daß es viel einfacher ist, wenn der Arbeitnehmer sich sein Essen und Wohnen selbst besorgt. Besonders für verheiratete Gehilfen ist das sehr zu begrüßen. Auch im Konkurrenzkampf spielt der Tarif eine große Rolle. Die Arbeitgeber müssen sich doch immerhin an die zu zahlenden Löhne halten und sie bei der Kalkulation berücksichtigen. Es besteht also nicht mehr so leicht die Möglichkeit, billigste Kräfte einzustellen, um nachher billige Ware zu liefern. Natürlich spielt auch dabei die technische Einrichtung des Betriebes eine große Rolle.

Man sieht also aus allem aus dem Tarif immerhin Vorteile für Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber.

Daß der Tarifvertrag im Konkurrenzkampf eine große Rolle spielt, weil die Arbeitgeber sich an die zu zahlenden Löhne halten müssen, um sie bei der Kalkulation berücksichtigen zu können, ist nicht mehr neu und wird auch bereits von prominenten Vertretern des Handwerks anerkannt und propagiert.

Wir würden uns freuen, wenn diese Meinung allgemeiner der Unternehmer im Konditorgewerbe wird, aber nach der Einstellung der führenden Kreise in der Organisation der Selbständigen fehlt uns der Glaube, daß solche vernünftigen Ansichten dort bald Wurzeln schlagen werden. Wir werden noch manchen harten Kampf überwinden müssen, um auch diese Handwerkerführer von der Zweckmäßigkeit der Tarifpolitik zu überzeugen.

Das Inland der beste Absatzmarkt.

Die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse ist das vielgepriesene Mittel zur Hebung der Wirtschaftskonjunktur. Um diese Ausfuhr zu steigern, fordern die einen Kolonien, um Absatzmärkte zu haben, die anderen Abbau des Lohnes und sozialer Einrichtungen, um mit Schleuderpreisen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt begegnen zu können.

In einer Denkschrift, die das Institut für Konjunkturforschung herausgegeben hat, werden zur Ueberwindung der Exportschwierigkeiten zwei Wege empfohlen. Einmal sollen hochwertige Qualitätserzeugnisse hergestellt werden, zum anderen soll durch rationellere Serienerzeugung eine Preisverbilligung erzielt werden.

Es kommt aber dann in ausführlicher Darstellung zum Ausdruck, daß das Schwerkriegsgewicht im Inlandsgeschäft liegt. Nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung setzen auf dem Inlandsmarkt ab:

Bekleidungsindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Möbel- und Holzwarenindustrie, Holz- und Baustoffindustrie	97 Proz.
Textilindustrie und Bereifungsindustrie	88
Leder-, Lederwaren- und Kaufschuhwarenindustrie	80
und elektrotechnische Industrie	80
Großmaschinenindustrie, Papierindustrie und Maschinen- und Fahrzeugbau	75
Chemische Industrie	70
Seidenindustrie und Feinmechanik	67
Eisen- und Stahlwarenindustrie	60

Diese gewiß nicht feststehenden, aber ohne Zweifel nach sorgfältigen Beobachtungen aufgestellten Zahlen beweisen, daß 80 Proz. der industriellen Produktion vom Inlandsmarkt aufgenommen werden. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes ist aber bei weitem nicht erschöpft, er ist nur beschränkt durch die engstirnige Politik der sogenannten Wirtschaftsführer, die noch immer nicht begreifen können, daß hohe Löhne eine gesteigerte Kaufkraft und verbesserte Lebenshaltung zur Folge haben.

Vorteile der Lohn- und Arbeitstarife.

Seit einer Reihe von Jahren sind wir bestrebt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Konditorgehilfen tariflich zu regeln. Obwohl in den letzten Jahren auf diesem Gebiete gute Fortschritte zu verzeichnen sind, und in den meisten Großstädten Tarife mit den Konditor-Innungen bestehen, ist das nur im geringen Maße in den kleinen und mittleren Städten der Fall. Bei einem erheblichen Teil der Konditormeister besteht gegen den Abschluß eines Tarifvertrages Abneigung. Sie glauben, daß sie dadurch an persönlicher Autorität einbüßen. Eigenartig wirkte aber der Standpunkt, den die Unternehmernpresse bisher einnahm. Sie glaubte immer betonen zu müssen, daß Tarif- und Lohnverträge nur einseitige Vorteile für die Gehilfenschaft darstellen.

Neuerdings scheint dieser Frage mehr Beachtung geschenkt zu werden. Mag sein, daß dazu die Ausführungen des Handwerksvertreters Hansen im Reichswirtschaftsrat beigetragen hatten, die wir in Nummer 33 der „Einigkeit“ veröffentlichten. Hansen ist ein überzeugter Anhänger der Tarifpolitik und gibt sich große Mühe, seine Gefolgschaft davon zu überzeugen. Nunmehr lesen wir in Nummer 99 der „Trierischen Konditor-Zeitung“ ebenfalls sehr vernünftige Ansichten über den Nutzen und Wert der

Tarifverträge. Auch diese Zuschrift unterbreiten wir unsern Mitgliedern:

„Sind Tarife zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossen, so müssen sie auch unbedingt eingehalten werden, wenn sie auch nicht erst seitens eines Schlichters für verbindlich erklärt werden müssen. Was die Spitzen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen beschließen, sollte rechtsverbindlich sein und von keiner Seite sabotiert werden. Jeder Tarif geht doch aber meistens davon aus, daß alle Löhne, die gezahlt werden, Mindestlöhne sind, also daß es jedem Arbeitgeber freisteht, den besseren Arbeitern einen höheren Lohn zu gewähren. Auch dem Arbeitnehmer steht es frei, wenn er glaubt, solche Fähigkeiten zu besitzen, für die ihn der Tariflohn nicht genügend entschädigt, einen höheren Lohn zu verlangen. Arbeitnehmer, die in ihren Leistungen nicht gut vorankommen, müssen unbedingt ein Existenzminimum haben, denn sie können nicht verhungern und Stümper gibt es nun mal in jedem Beruf. Die Arbeitgeber können ja schließlich einstellen, wen sie wollen. Wenn ein Arbeiter für irgend einen Posten nicht tauglich ist, dann muß er eben weichen und einem tüchtigeren Platz machen, trotzdem es oft in größeren Betrieben, und namentlich in Fabrikbetrieben auch Arbeiten gibt, die von Kräften verrichtet werden können, die im Fach nicht so glänzend vorwärts kommen. Der Tarifvertrag hat ja auch eine gewisse Staffelung der Löhne nach Altersklassen, auch

Back-, Süß- und Teigwarenindustrie

Kommt das Schokoladenkartell?

Die Lage in der Schokoladenindustrie hat sich in den letzten Jahren immer mehr und mehr zuspitzt, so daß die Verhältnisse jetzt gebieterisch auf eine Klärung drängen. Der notwendige Vereinigung in dieser Industrie stehen aber große Schwierigkeiten im Wege. Durch die Inflation ist es zu zahlreichen Neugründungen gekommen; so erhöhte sich die Zahl der Fabriken auf rund 360. Das bedeutet gegenüber der Vorkriegszeit eine glatte Verdoppelung. Die Dinge werden noch durch die eigenartige Entwicklung in der Betriebsgröße kompliziert. Wir finden neben einigen Großbetrieben zahlreiche kleine und kleinste Betriebe. Nach der Betriebszählung im Jahre 1925 waren von den Betrieben in der Schokoladenindustrie 54,7 Proz. Kleinbetriebe mit 1 bis 5 Beschäftigten, 33,5 Proz. Mittelbetriebe mit 6 bis 50 Beschäftigten und nur 9,8 Proz. Großbetriebe, die Belegschaften von 51 und mehr Personen aufwiesen. Daß sich in einer solchen Industrie, in der sich neben den kleinen Betrieben Kleinbetriebe entwickeln konnten, der Konkurrenzkampf besonders scharf ausgeprägt ist, ist nur natürlich. Leichter als in jeder anderen Industrie mußte der Wettbewerb hier in Schiebererarten ausarten.

Seit der Stabilisierung sind dem rücksichtslosen Konkurrenzkampf nicht weniger als 200 Unternehmungen zum Opfer gefallen. Jedoch bestehen durch die große Anzahl von Neugründungen heute immer noch 230 Betriebe. Bisher hatten sich nur 10 der bekanntesten Großunternehmen, wie Sarotti, Hildebrand, Felsche, Riquet, Raugion, Stammert u. a. zu einem Preiskartell zusammengeschlossen, das aber nur die sogenannte Markenware unter Preisaufsicht stellte. Da die Schokoladenbetriebe nur bei Massenproduktion und Massentonnsum wirtschaftlich arbeiten können und eine Tagesleistung wie z. B. bei Sarotti von 30 000 Kilogramm einen ungefähren Inhalt gibt, wie weit in diesen Betrieben die Mechanisierung und Rationalisierung durchgeführt werden kann, ist es für die Masse der kleinen und mittleren Fabriken nur durch rücksichtslose Schleuderpolytistik möglich gewesen, sich zu behaupten. Ihre Stellung wurde in letzter Zeit noch dadurch erschwert, daß der Verbrauch an teurer Qualitätsware erheblich zurückging, so daß sich in erster Linie die großen Betriebe auf die Produktion von billigen Massenwaren verlegten.

Bisher war es nicht gelungen, die Masse der kleinen Fabriken in einem festen Verband zusammenzufassen. Es besteht wohl eine Interessengemeinschaft, die den Namen „Interessengemeinschaft Deutscher Kakaos- und Schokoladenfabrikanten“ führt. Unter dem Druck der Not scheint man aber jetzt die Vereinigung drafter gestalten zu wollen.

Die Indefata hatte zum 8. August nach Weimar ihre Versammlung einberufen, die sich zunächst auf Mindestpreise für die billigere Konsumware und einheitliche Lieferungsbedingungen und die erforderlichen Garantien für die Einhaltung des Abkommens einigte. Die Vereinbarung sollte in Kraft treten, wenn die am persönlichen Erscheinen verhinderten Fabrikanten ihren Beitritt erklärt haben. Von der neuen Konvention erwarten die Fabrikanten die Unterbindung der ungesunden Schleuderei und damit die Verbesserung der Rentabilität der beteiligten Fabriken. Eine Einigung in der

Schokoladenindustrie durch die sogenannte Marktenkonvention sei bereits früher erfolgt, wie auch wir berichten konnten. Durch diesen Beschluß ist wohl ein Anfang gemacht, um die größten Auswüchse in der Schleuderkonkurrenz zu unterbinden. Wirkungsvoll kann er nur dann sein, wenn der größte Teil der bestehenden Firmen sich diesen Abmachungen anschließen wird.

Es wäre jedoch verfehlt, von der Weimarer Tagung ein positives Ergebnis zu erwarten. Soweit bisher bekannt ist, zeigen die Großunternehmen wenig Neigung, sich mit der Masse der kleinen Betriebe zu verständigen. Auch in den Reihen der kleinen Fabrikanten herrscht alles andere als Einigkeit über Produktions- und Absatzfragen. Man wird also damit rechnen müssen, daß das Großkapital in der Schokoladenindustrie, dem es, wie die letzte Sarotti-Dividende von 12 Proz. und die Stallwert-Dividende von 9 Proz. zeigten, ausgezeichnet geht, durch Weiterführen eines rücksichtslosen Konkurrenzkampfes den Ausleseprozeß fortsetzen will. Erst nach weiterer gründlicher Vereinigung der Industrie werden sich die Großen geneigt zeigen, mit dem mittleren und kleinen Kapital zu verhandeln.

Auch die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, daß sie von der Unsicherheit der Existenz, der sie zurzeit in den meisten Mittelbetrieben unterworfen ist, befreit wird. Der notwendige Gesundungsprozeß wird sie nicht so schwer treffen wie der ständige Wechsel von Neugründungen und Zusammenbrüchen. Dagegen wird die Masse der Konsumenten auf der Hut sein müssen, daß die durch Fülle geschüttelte Schokoladenindustrie die Kartellfrage künftig nicht auf ihre Kosten löst.

Bäckereigewerbe

Gesetzlicher Arbeitsbeginn in den Saison- und Badeorten in Bayern.

Das Streben, den Vier-Uhr-Anfang in den Bäckereien zu erzwingen, entstammt der bayerischen Eigenart. Die Bäckermeister in Bad Kissingen, im Allgäu, Bad Reichenhall, Berchtesgaden, Tegernsee, Schliersee, Garmisch-Partenkirchen konnten es lange nicht glauben, daß Reichsgesetze auch für sie Geltung haben.

Trotz zahlreicher Anzeigen wurde die Bäckereiverordnung immer wieder übertreten. Die Regierung von Schwaben und Neuburg erlaubte sich sogar, das Gesetz selbst zu ignorieren und genehmigte vor zwei Jahren den 4-Uhr-Beginn. In diesem Jahre aber konnte sogar festgestellt werden, daß sie auf Einhaltung des Gesetzes Wert legt.

In Oberbayern ging man seitens der Behörde der Sache feierlich nach, so daß die Arbeitgeber doch immer fürchten mußten, schwer bestraft zu werden. In diesem Jahre wurde durch unsere Anzeigen es den Behörden doch zu hart und sie drohten nun den Bäckern mit aller Schärfe einzuschreiten. Dem ist nun zu verdanken, daß die Bäckermeister von Garmisch-Partenkirchen durch strenge Kontrollen und Anzeigen die strikte Einhaltung des Gesetzes durchführten. Sie erkannten, daß durch den früheren Beginn dem Kundenfang und der Schleuderkonkurrenz Tür und Tor geöffnet worden sind, so daß ihnen selbst banze wurde, wenn dieses Treiben so weiter gehen sollte.

In Bad Reichenhall und Berchtesgaden zeigten sich auch

wieder Ansätze der früheren Krankheit. Aber auch hier war es möglich, dem Treiben einzelner ein Ziel zu setzen. Heute sind die ehrlichen Meister selbst froh, daß es soweit ist und der Arbeitsbeginn sowie die Verordnung über das Ladenöffnen von allen eingehalten wird. Wenn man auch heute noch in den Läden durch Plakate den Kunden mitteilt, daß die Gesetze eingehalten werden müssen, so ist das lächerlich für alle auf Recht und Ordnung sehenden Kunden. Und zu solchen zählen sich gewiß Sommergäste in den Bade- und Saisonorten. Mögen also die Bäckermeister nun endlich einsehen, daß die Organisation nicht locker läßt, die Gesetzesverächter immer wieder vor den Radl zu ziehen, bis der Schutz für Gehilfen und Lehrlinge im Bäckergewerbe garantiert ist.

44. Verbandstag

des Bäckereiverbandes Rheinland.

Die rheinischen Bäckermeister und ihre Führer nehmen jährlich wiederholt auf Obermeistertagungen und einem pompös aufgemachten Verbandstag zu ihren Forderungen an Staat und Wirtschaft Stellung. Im besonderen werden die sozialpolitischen Fragen, die das Bäckerhandwerk betreffen, behandelt. Wiederholt wurde von Düren-Stadt und Neuf-Stadt auf Obermeistertagungen der Vorstoß zur Verlängerung der Lehrzeit auf 3½ Jahre bis 4 Jahre unternommen. Den Innungsleitern wird ob dieser Forderung selbst schüchtern. Sie haben die Befürchtung, daß die Handwerkskammern diese Wünsche nicht genehmigen werden. Dennoch wurde beschlossen, die zuständigen Handwerkskammern zu ersuchen, die Lehrzeit für das Bäckerhandwerk auf 3½ Jahre festzusetzen.

Begründet wird die Verlängerung der Lehrzeit mit der Einführung des Nachmittages, dem Fortbildungsschulunterricht während der Arbeitszeit und den höheren Anforderungen, die an das Bäckergewerbe zwecks besserer theoretischer und praktischer Ausbildung gestellt werden. Man will also länger eine willige und billige Arbeitskraft haben. Es ist zu erwarten, daß bei der Ueberfülle von Lehrlingen im Bäckergewerbe auch die zuständigen Handwerkskammern, insbesondere der preussische Minister für Handel und Gewerbe der rücksichtlichen Forderung der Bäckermeister kein Gehör schenken, sind doch nach Angaben des Obermeisters Rahmann-Barmen im rheinischen Bäckerhandwerk auf etwa 10 000 selbständige Betriebe über 7000 Gesellen und 4500 Lehrlinge beschäftigt.

Die Sozialpolitik der Regierung, insbesondere deren Wachsamkeit über den Bäckereiarbeitschutz stand ebenfalls im Vordergrund der Beratung. Durch den Referenten wurde zum Ausdruck gebracht, daß das rheinische Bäckergewerbe grundsätzlich den Standpunkt vertritt, daß es bei der heutigen Regelung des Arbeitsbeginns, also 5 Uhr, Anfang und Verkauf ab 7 Uhr bleiben können. Die Verwaltungsorgane und die Gerichte werden dafür verantwortlich gemacht, wenn dem Gesetz in den verschiedensten Gegenden — auch im Rheinland — nicht mehr Beachtung verschafft wird. Im besonderen müssen die sozialen Ermengenschaften „Verbot der Nachtarbeit“, aufrechterhalten bleiben. Interesse erheischt vor allem das Arbeitszeitgesetz und wird mit Freuden darüber berichtet, daß der starre Nachmittagsbeginn im Beruf gefallen ist. Geändert wird der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, weil er die dem Bäckermeisterhain unverständliche Auffassung vertritt, daß im Höchstfalle nur 54 Stunden gearbeitet werden dürfte. Verlangt wird von den Herren vom Badtrög, daß

Serieneindrücke.

Der Schulausflug gehört zum Unterricht. Die Schüler sollen vom Ausflug Eindrücke mit nach Hause bringen. Prüfsteine für den Grad dieser Eindrücke bilden die Schulaufsätze über das Wahrgenommene, die jeder einzelne Schüler anfertigen muß.

Der Urlaub der Verbandsangestellten soll der Erholung dienen. Aber auch Eindrücke sollen sie von den Ferien mitbringen und diese wieder im Dienst auswerfen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Angestellten mehr als bisher ihren Urlaub zur Aufnahme von dem, was um sie vorgeht, verwenden und der Bewegung dienlich machen würden. Daß während einiger Wochen Ferien allerlei Studien gesammelt werden können, will ich nachstehend darlegen.

Dem Drängen meiner Familienangehörigen und dem Zureden einiger meiner Kollegen im Bureau folgend, ließ ich mich während meines Urlaubs dieses Mal an einem besonders ruhigen Platz nieder. Der Urlaub sollte der Erholung gelten. Ein Ort im Taunus war das Ziel, wohin mich Kollegen auf vier Wochen in Verbannung zu schicken beabsichtigten. Der Ort liegt eine halbe Meile von einem Badeort, 18 Wegkilometer von der Kreisstadt entfernt, hat etwa 150 Einwohner (Kleinbauern bis 25 Morgen Besitz) und liegt mitten in einer laub- und nadelholzbedeckten hügeligen Gegend.

An Schönheit läßt die Umgebung des Ortes nichts zu wünschen übrig. Der Ruhe braucht und die Abkühlung mitbringt, diese zu genießen, kann dies, unbeschadet, daß der Ort während der Ferienzeit von Familien mit Kindern aus der Kreisstadt jetzt fast besucht wird. Ich hatte mich mit einem ganzen Paket Papier vorzubereiten für den Fall, daß das Wetter, wie vor zwei Jahren im Obermainwald mich wieder zu neun Zehntel der Zeit aus dem Fenster setzen würde. Das war hier nicht der Fall. Um so mehr blieb mir Gelegenheit, die wie und lebende Umgebung im Quartier und darüber hinaus zu studieren. Das Studium war nicht uninteressant.

Das Wirken und Leben der Dorfbewohner rief wieder allerlei Jugenderinnerungen in mir wach. Wenn, wie überall im Reich, auch hier die Landschaft mit einem Netz von Licht- und Straßeneinungen durchzogen wird, so ist die Landarbeit infolge der Gelände- und der Bodenverhältnisse doch recht schwierig. Die Verwendung von Maschinen zur Befestigung und zur Ernte ist unmöglich. Teilweise muß der Dünger zum und die Ernte vom Feld getragen werden. Nur einige der Bauern ernähren ihr Vieh. Die meisten müssen noch einem Nebenerwerb nachgehen. Ein Teil von den Dorfbewohnern wird in den in der Nähe gelegenen Partanlagen des verstorbenen Besitzers der Brauerei Anhäuser-Busch in St. Louis (Nordamerika) beschäftigt.

An öffentlichen Gebäuden besitzt das Dorf ein Forsthaus und eine Schule. Die Schule lag gegenüber meinem Zimmerfenster. Ich vermochte von da jedes vom Lehrer und von den Schülern gesprochene Wort deutlich zu vernehmen. Zu unterrichten sind hier insgesamt 17 Kinder. Besonders in der Nachkriegszeit, wo die Bezahlung der Lehrer ausschließlich Staatskasse wurde, fühlt sich der hier schon 25 Jahre lang amtierende Lehrer sehr zufriedengefüllt. Was anders als Langelweile könnte ihn hier auch plagen. Von der Unzulänglichkeit des Lehrplanes, nach dem der Lehrer zu arbeiten hat, scheint auch dieser überzeugt zu sein, denn sonst brauchte er seine eigenen Kinder nicht in die Stadt zur Schule zu schicken, sondern könnte sie neben den anderen 17 Schülern in den Unterricht- und eventuell durch Nachhilfestunden selbst unterrichten.

Eine Kirche hat der Ort nicht. Auf meine Fragen, warum keine Kirche da sei, erfuhr ich, daß auch hier die Kirchen ausrückte, infolge der steigenden Kirchensteuern sich hatten. Gesündigt wird hier auch nicht besonders viel. Allerdings wie ich auffasse, Gesündigt wird offenbar wenig oder nichts. Nur findet man im Wald da und dort Nestschlingen gelegt. Das Wild legt man, wie anderswo, aber auch hier nicht als Diebstahl aus, denn Wild gehört der Allgemeinheit.

Anfang gestohlen, wird nachts den Anliegern noch zugezogen. Eines Morgens hing an der Haustür, wo ich wohnte, ein etwa 15 Pfund schwerer Schinken. Während meiner Anwesenheit dort wurde dieser Vorgang nicht geklärt. Die über den eigenartigen Vorgang gepflogene Diskussion ließ den Schluß reifen, daß der Schinken vergiftet sein könne. Zu dieser Annahme berechtigt, daß der Besitzer des Lokals neuerdings selbst schicket, um den Verdienst des Zwischenhandels noch einzuheimen. Die Präzision und Schnelligkeit der Polizei wird darin offenbar, daß die Anzeige über den zugezogenen Schinken bei meiner Abreise — das war nach vierzehn Tagen — noch keinen Erfolg hatte. Der von unbekannter Seite vor die Haustür gehängte Schinken wurde nach den Anordnungen des Bürgermeisters verscharrt. Sehr wohl konnten alle Gäste dem Vergiftungsstod anheimfallen, wenn der Wirt gewissenlos gewesen wäre und diesen den Schinken vorgelegt hätte. Mir erschien die Vergiftung dieses Schinkens das überhaupt nur Mögliche.

Sehenswert für jedermann ist der bereits erwähnte, von dem Besitzer der Brauerei Anhäuser-Busch in St. Louis (Nordamerika), Herrn Busch, angelegte Park, der von dem Ort in knapp einer halben Stunde zu erreichen ist. Busch stammt aus K a f f e l l b i: Mainz und der Mitbesitzer der Brauerei Anhäuser, dessen Schwester Busch zur Frau hatte, aus K r e u z n a c h. Das schönste der Partanlagen bildet die Flora. Mehrere Palmen- und Gewächshäuser enthalten alle nur denkbaren Blumen aus allen Erdteilen. In dem den Garten umschließenden gutgepflegten Nadelwaldbestand sind alle in Deutschland bekannten Märchen durch Figurengruppen veranschaulicht. Die Figurengruppen werden im Winter heimgebracht, eventuelle Schäden daran ausgebessert, um im Frühjahr wieder neu aufgestellt zu werden. Der um den Park herumliegende Nadel- und Laubwald beherbergt einige 40 ausgesuchte prächtige Hirscheremplare, die besonders gepflegt werden. Zwei prachtvolle, fürstlich eingerichtete Villen: „Villa Pilly“ und „Villa Cläre“ geben dem Ganzen erst das

man der Eigenart des Berufsstandes gerechter wird und die 54-Stunden-Woche dem Ermessen des Meisters anheimstellt (!), ob und auch wie er die sechs Mehrstunden gegen Bezahlung regelt.

Angelegen haben es besonders den Herren die Ausführungsbestimmungen des Herrn Reichsarbeitsministers vom 31. Dezember 1927, die zum Gesetz vom 16. Juni 1927 gestrichen wurden. Wie ein Bliz aus heiterem Himmel seien dadurch die Bäckermeister auf Gnade und Ungnade den radikalen Gesellen ausgeliefert worden, insbesondere dadurch, daß die täglich zu leistenden Arbeitsstunden eingetragen werden sollen.

Die Tarifpolitik mit der Lohnwelle, die Beamtenbesoldung u. a. wurde ebenfalls erörtert und die altbekannten Klagen über die Erhöhung der Sozialbeiträge bzw. sozialen Lasten wurden wieder neu aufgewärmt.

Den Schlusssakord der mehrstündigen Tagung im schönen Bad Aachen bildete ein Referat über die Selbsthilfe im Handwerk. Den Vertretern der Bäckermeister wurde dadurch klargemacht, welche Bedeutung das Handwerk im Staat und in der Volkswirtschaft hat, ihnen auch nachzuweisen, welche besonderen Aufgaben zur Selbsthilfe durch die Genossenschaften, durch die Zwangsinnungen des Handwerks erledigt werden können.

Unsere Gehilfenschaft in der Rheinprovinz wird im Hinblick auf die Bestrebungen der vollzählig organisierten Meisterschaft ebenfalls alles aufbieten müssen, um durch die Geschlossenheit und Einigkeit der Gehilfen auch in den kleineren Orten Tarife und Lohnvereinbarungen mit den Meistern zu treffen, ebenfalls auch praktische Selbsthilfe zu üben.

Die in Aussicht stehenden Bestrebungen unseres Verbandes mit den rheinischen Bäckermeistern zu einem Bezirksrat für dieses Gebiet werden folgen müssen, ob die Herren auch auf diesem Gebiete für den Fortschritt etwas übrig haben. Voraussetzung zur Durchführung unseres Bezirksrates ist, daß die Beschäftigten in Bäckereien sich vollzählig der zuständigen Organisation, der Sektion der Bäcker im Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter anschließen.

Bürgermeister und Gesetzesverächter.

Der zweite Bürgermeister Buchholz von Hückeswagen betreibt in Bergisch-Born eine Brotfabrik. Als Brotfabrikant liegt ihm sehr viel daran, daß die Proleten zur Vermehrung seines Reichtums beitragen und ihm die Ware abkaufen. Anders dagegen ist dieser Unternehmer gegen die in seinem Betrieb beschäftigten Bäcker eingestellt. Er duldet die gewerkschaftliche Organisation nicht und behandelt die Arbeiter als Sklotten. Als aber die Kollegen den Weg in unsere Organisation fanden und bezüglich der Durchführung der Tarifbestimmungen mit dem Brotfabrikanten in Verhandlungen traten, wurde alles versucht, um sie von ihrer wirtschaftlichen Interessensvertretung wegzubringen. Selbst Verhandlungen vor dem Schiedsgericht vermochten Buchholz nicht zu bewegen, den für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag einzuhalten. Buchholz macht sich das Verdienen sehr leicht. Den Beschäftigten zieht er 10 und mehr Prozent von den allgemein üblichen Löhnen ab, nimmt aber für seine Ware trotzdem die gleichen Preise wie die Konkurrenz. Er steckt also die den Arbeitern zustehenden Löhne in seine Tasche. Wenn ein Kollege krank ist, so werden ihm auch in der Krankheitswoche die vollen sozialen Beiträge vom dem Lohn in Abzug gebracht. Auch die sonstigen Verhältnisse im Betrieb sind nicht gerade mustergültig.

Dieser Tariffreud würde recht bald zur Raison gebracht werden können, wenn die organisierte Arbeiterchaft es von sich weisen würde, seine Ware zu verteuern. Es ist nicht notwendig, solchen Unternehmern Arbeitergrößen hinzutragen, die die Tarifverträge absichtlich sabotieren und der Gehilfenschaft die ihnen gesetzlich garantierten Löhne vorenthalten.

Böllererei, Weinhandel

„Die Notlage des Küferhandwerks.“

Ueber obiges Thema sprach Obermeister C. M. Huber aus Neustadt a. d. Haardt anläßlich einer Tagung der Pfälzer Küfermeister.

Seine Ausführungen zeigen uns, daß H. mit Kenntnissen der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und den Staatsnotwendigkeiten des Deutschen Volkes nicht allzu stark belastet ist. Lassen wir ihn selbst sprechen: „Was sind nun die Ursachen dieses schlechten Geschäftsganges? In erster Linie sind es die Folgen des verlorenen Krieges und des Versailler Vertrages, durch die wir wirtschaftlich und politisch gebunden sind wie kein anderes Volk der Erde. Aber noch andere Gründe sind es, die zu diesem Niedergang in der Wirtschaft geführt haben. Es ist die falsche Wirtschaft- und Steuerpolitik, die von seiten unserer Regierung unter Mitwirkung der Parlamente gemacht wird. Der Wirtschaft, insbesondere dem gewerblichen Mittelstand, predigt man in allen Tonarten von Sparsamkeit. Wir alle wissen, daß der gewerbliche Mittelstand stets Sparsamkeit gewohnt war und noch ist. Wie sieht es die Sparsamkeit bei unserer Regierung aus? Schon seit Jahr und Tag kämpfen unsere gesetzlichen Berufsvertretungen, Wirtschafts- und Fachverbände um die Verminderung der uns auferlegten öffentlichen Lasten. Es wurde bisher vergeblich versucht, praktische Vorschläge zur Senkung der von 6 1/4 Milliarden im Jahre 1913 auf nunmehr 20 Milliarden (!) jetzt jährlich angemachten öffentlichen Lasten durchzusetzen. Die an die Regierung und Parlamente gerichteten Ermahnungen zur Sparsamkeit und Einschränkung der Ausgaben in der Verwaltung sind ungehört verhallt. Statt dessen schwellen die Haushalte bei Reich und Ländern immer mehr an. Parteipolitische Rücksichtnahme und Erwägungen lassen wirtschaftlich mögliche und volkswirtschaftlich unbedingt notwendige Abstriche bedeutender Haushaltsposten ungeschehen. In Verhinderung der durch einen verlorenen Krieg bestimmten Grenzen einer gerechten notwendigen Fürsorge (Erwerbslosenfürsorge) leistet der Staat mit Hilfe eines ungeheuren Beamtenapparates und unter Aufwendung ständig wachsender Geldmittel eine Wohlfahrtspflege, die weit über die Leistungen anderer Länder hinausgeht. Diese Ausgaben belasten die Wirtschaft und vermehren die Gestehungskosten in einem Ausmaß, so daß dieselbe über kurz oder lang konkurrenzunfähig wird. Alle diese Lasten wirken sich auf die Fertigkeiten aus, und da eine Erhöhung der Preise an der verminderten Kaufkraft des Volkes scheitert, so ist die Verdienstspanne bei dem gewerblichen Mittelstand sehr minimal. Dies bedeutet den Rückgang der Einzelwirtschaft und eine Gefährdung des gewerblichen Mittelstandes, sowie ein Anwachsen der Erwerbslosigkeit. Speziell beim Küferhandwerk in der Pfalz sind noch zu erwähnen, daß auch der Weinhandel sowie auch der

Weingutsbesitz unserem Handwerk vielfach passiv gegenüberstehen, indem sie bei Bedarf an Fassern und dergleichen die ortsansässigen Küfermeister nicht berücksichtigen. Und statt den jungen Nachwuchs im Keller und dergleichen zu beschäftigen, werden ungelernete Hilfsarbeiter eingestellt.

Keine ihrer Verantwortung bewusste Regierung oder Volksvertretung darf diesen erbitterten Existenzkampf mit offenen Augen länger ansehen, ohne unverzüglich Maßnahmen zur Behebung des unerhörten Notstandes zu ergreifen. Unter Beobachtung des Grundsatzes sparsamer öffentlicher Wirtschaftsführung muß dem deutschen Volke die Möglichkeit gegeben werden, wieder Kapital zu bilden, das der Wirtschaft nutzbar gemacht wird.“

H. behauptet, die öffentlichen Lasten sind von 6 1/4 Milliarden im Jahre 1913 auf 20 Milliarden im Jahre 1928 jährlich gestiegen. Wie steht es nun in Wirklichkeit? Sieht man sich unter dem Gesichtswinkel der Verwendung der Staatsausgaben näher an, so zeigt sich (nach dem für das Rechnungsjahr 1925/26 vorliegenden amtlichen Material und das für die folgenden Jahre dürfte nicht allzuviel höher sein), daß von dem gesamten im wesentlichen durch Steuermittel gedeckten Bedarf der öffentlichen Hand für Reich, Länder und Gemeinden in Höhe von 10,9 Milliarden — wo H. die „Kleinigkeit“ von 20 Milliarden herbringt, ist unerfindlich — rund 2,7 Milliarden auf Kriegslasten entfallen. 2 Milliarden erfordert die Volksschule, 1,5 Milliarden kosten Polizei und Reichswehr, 1 Milliarde Wirtschaft und Verkehr und 2,8 Milliarden das Wohlfahrtswesen.

Würde man nun in der Lage sein, die Mehrzahl dieser Ausgaben einzustellen, dann wäre selbstverständlich ein großer Teil von Steuern gespart worden, gleichzeitig aber Millionen von Arbeitern, Handwerkern und Unternehmern, die von diesen durch Steuern erhaltenen Einrichtungen leben, zugrunde gerichtet werden.

Für Arbeitslosen- und Krisenunterstützung wurden im Krisenjahr 1926 1 179,8 Millionen ausgegeben, wovon die Hälfte durch Beiträge gedeckt wurde.

Nach dem neuen Gesetz sollen die ganzen Ausgaben durch Beiträge gedeckt werden. Die Beiträge aber zahlen die Arbeiter und die Konsumenten dadurch, daß man diese Ausgaben in die Produkte ein kalkuliert.

Weiter darf nicht vergessen werden, daß von den Steuern allein 1,2 Milliarden aus Gehalts- und Lohnsummensteuer und weiter ein großer Teil auf die indirekten Steuern, Zölle und so weiter entfällt, die unabwägbaren Steuern fast kaum noch stark ins Gewicht fallen. Und die Hauszinssteuer? Ein Beispiel: Der Besitzer eines Anwesens im Werte von 10 000 M. hatte 6000 M. Schulden in der Vorkriegszeit, davon zahlte er rund 360 M. Zinsen. Diese 6000 M. hat er in der Inflation seinem Gläubiger mit Papiermark zurückbezahlt und hat ihn dadurch zum armen Mann, zum Kleinentner gemacht, den der Staat durch Erhebung von Steuern kümmerlich ernähren muß. Es sind nun zu verzinsen 15 Proz. Aufwertung, 900 M. mit 2 Proz. macht 18 M. jährlich, weiter sind zu zahlen 240 M. Hauszinssteuer, so liegen in Wirklichkeit die Verhältnisse.

Aber Deutschland hat wieder eine neue Regierung, in der nicht mehr die Deutschnationalen, jedoch die Sozialdemokraten vertreten sind, nun beginnt eben die alte Heze von neuem und hier schreien die am meisten, und jeder Kenner der steuerlichen Leistungen in Deutschland bestätigt das, die am wenigsten bezahlen.

richtige Gepräge. Das ganze Unternehmen, das einschließlich einem Gut etwa eine Gesamtfläche von 3000 Morgen umfaßt, verdankt sein Entstehen und Werden dem Hang an der engeren Heimat von seiten der Familie Busch, dem Besitzer des größten Brauereiuunternehmens der Welt: Herr Busch sen. verstarb 1913. Seine Frau bewohnte von da ab bis zum Beginn des Unterseebockkrieges die „Villa Lilly“ ständig. 1916 wurde sie aus Deutschland ausgewiesen und bis 1921 nicht mehr hereingelassen. Von da ab bewohnte Frau Busch jeden Sommer wieder ihre Villa, während sie die Wintermonate in ihren Besitzungen in St. Louis bzw. in Südamerika zubrachte. Beide Villen stehen zurzeit leer.

Was aus der Gesamtanlage noch wird, darüber werden in den Dörfern der Umgegend Rätsel geraten. Herr Busch jur., der Hauptinhaber der Besitzungen in St. Louis und noch anderen Orten Süd- und Nordamerikas, ist amerikanisiert und fehlt ihm der Hang an Vaters Heimat. Von seinen in Deutschland lebenden Geschwistern vermag die Anlage niemand zu übernehmen, denn es handelt sich um ein 50- bis 60-Millionenobjekt. Die Familie Busch galt bei der Bevölkerung in der weiten Umgegend als Wohltäterin. Weil sie es konnte, half sie finanziell, wozu helfen war. Nicht nur Arme, auch industrielle Unternehmungen wurden von Busch unterstützt. Jahrelang wurden hunderte Arbeiter zur Kultivierung großer Flächen beschäftigt; zurzeit nur noch etwa 20 bis 30 Arbeiter zur Inordnunghaltung der Anlage. Das Handwerk in der ganzen Gegend wird durch die Anlage Busch befruchtet. Man lebt zurzeit in Beforgnis um den späteren Verdienst; denn Beschäftigung hier suchen ist nicht einfach.

Die Anlage würde zweifellos ein Ferienheim für unsere Mitglieder und Angestellten abgeben. Bei dem Preis, für den die Anlage zu erstehen wäre, scheiterte ein solcher Gedanke aber von vornherein an der Ertragsfrage. Ein erheblicher Teil Mitglieder müßte Beiträge leisten, um den anfallenden Zinsendienst zu befriedigen. So bleibt die Idee ein Luftschloß.

Mehr noch als der Ort interessierte mich die Einstellung der Fremden. Solche wohnten und lebten mit uns bis 30 zusammen. Meist waren es Familien mit Kindern aus Wiesbaden. Die Kinder sorgten während der Mahlzeiten und abends für die sonst fehlende Kurmusik. Die Aufenthaltsmöglichkeit der Gäste war verschieden lang bemessen. Folglich gab es fortwährend Zu- und Abgang und dadurch die Möglichkeit, die verschiedensten Gruppen und deren Einstellungen zu studieren.

Noch nie war ich Anhänger der Monarchie. Deren viele hundert Jahre langes Regiment habe ich schon längst vergessen. Während meines Urlaubs kam mir aber so recht zum Bewußtsein, wie schwer es ist, die Volkseinstellung gründlich umzustellen.

Bild 1: Bald nach meiner Ankunft hörte ich von meinem Zimmer aus den als Sommergast anwesenden, hochbetagten, aus Mitteln der Republik pensionierten Zollsekreter boshaft über die herrschende Regierung wettern. Der Staat habe ihm und seinesgleichen die letzten Ersparnisse genommen und sie auf kümmerliche Renten gesetzt. Allem jeke man jetzt die Krone auf und mache den, der seine Unterschrift unter den Vertrag von Versailles gesetzt habe, noch zum Führer der Regierungsgeschäfte. Hindenburg sei auch nicht mehr der wie vor 1918. Einen zurzeit im Dorf weilenden Amerikaner, dem solche Ansichten nicht geläufig werden wollten, bezeichnete man als den dorfgewöhnlichsten Spartakisten. Die Mehrheit der bei dieser Unterhaltung sitzenden und umherstehenden Dorfbassen und Touristen sollte dem Zollsekreter Beifall.

Bild 2: Ein Beamter aus der Kreisstadt, in Folge des Krieges volle 18 Jahre hintereinander Soldat gewesen, vermag zwei Wochen zur Erholung hier meiste, vermag den Verlust unseres gemeinsamen stehenden, schönen Heeres kaum zu verkraften. Seine Haltung, sein Benehmen ist noch ganz die unserer früheren Militärs im betretenen Waffenrock. Aber kein Extrem ohne Inkonsequenz. Als Gegner jeden Organisationsgedankens, besonders der freien Organisationsrichtung, flagt auch

der monarchistisch eingestellte Beamte über die Enge des Gehaltspielraums.

Bild 3: Ein städtischer Angestellter vermag sich noch recht lebhaft jener Zeiten zu erinnern, wo die Stadtparlamente ausschließlich bürgerlich regiert wurden, wo die Gehälter niedrig, der Dienst lang waren und die Subordination üble Blüten trieb, wo nicht nach Leistung, sondern nach Gunst bei der Beförderung und bei der Bezahlung verfahren wurde. Der Angestellte bekennt:

„Der Krieg hat doch manches zu unseren Gunsten geändert. In die Sommerfrische konnten wir städtischen Angestellten mit unseren Familien früher nicht gehen.“

Aber fast im gleichen Atemzuge hört man von dem Angestellten die Worte:

„Einem Verbands trete ich nicht bei, da muß ich Beiträge zahlen und soll mir Vorschriften machen lassen, welche Zeitung ich lese. Mein Vater war Beamter, dieses Herkommen verbietet von selbst den Beitritt zu einem Verbands.“

Bild 4: Eine vierte Familie ist echt beamtenmäßig eingestellt. Der Beamte starb, er hinterließ seiner Frau eine Rente, die jetzt von der Republik gezahlt wird und über doppelt so hoch ist, als sie unter der Herrschaft der Monarchie gewesen wäre. Die Töchter sind gut bürgerlich untergebracht. Der Sohn tritt nach Abschluß des Abiturientenexamens als Bankangestellter ein. Weil er entsprechend seiner Kenntnisse und Fähigkeiten die Bezahlung an der Bank als Ausbeutung empfand und bei dem Bankunternehmen um eine höhere Bezahlung einkam, wurde er abgebaut. Darob große Entrüstung und deshalb der Entschluß, unter Zuhilfenahme eventueller Stipendien mit dem Studium von Volkswirtschaft zu beginnen. Besten Endes könne sich doch auch die Möglichkeit zum Uebergang in den Staatsdienst ergeben. Zum Staatsdienst in der Republik natürlich, unter deren Herrschaft es auch nach Ansicht von Frau Mutter zur Lotterwirtschaft in Deutschland kam, die schuld sei, daß ihre

Die Höhe des Aktienkapitals der 180 Brauereien war 1927 399,7 Millionen. In Prozenten des Eigenkapitals betrug der Rohgewinn 22,4, der Reingewinn 13,1, und die Dividende 9,1 Proz. Der Umsatz betrug 530,4 Millionen Mark.

26000 Mark unterschlagen.

Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete am Mittwoch den Brauereivertreter Erich Kuhl, der bei einer Berliner Großbrauerei insgesamt 26 000 Mark unterschlagen hat.

Bergreift sich mal ein räudiges Schaf in Arbeiterbetrieben an Geldern, so ist ein Teufel der Unternehmerpresse im allgemeinen gleich bei der Hand, "nachzuweisen", daß die Vertreibungen an der unfähigen Leitung des Betriebes liegt.

Weltbieregewinnung.

Nach neueren statistischen Erhebungen betrug die Gesamtbiergewinnung der Welt im Jahre 1926 etwa 170 Millionen Hektoliter. Der Rückgang beträgt 42 Prozent.

Konditorgewerbe

5.- Mk. Wochenlohn.

Innerhalb der Reihe der Konditormeister bestehen über die Einhaltung des Tarifvertrages und die Entlohnung der Gehilfenchaft recht verschiedene Auffassungen.

Nichts ist einem Betriebe schädlicher, als wenn die Befolgung von Befehlen oder Anordnungen der Betriebsleiter, Obermeister, Meister usw. unter dem Druck einer möglichen Entlassung erfolgt.

Mit welcher unglaublichen Ratlosigkeit heute noch in manchen Betrieben von der Betriebsleitung gegen die Grundbedingungen einer straffen Betriebsdisziplin gesündigt wird, dafür einige Beispiele: In dem einen Falle wurde Arbeitern, die sich wegen einer Vorschlagszahlung an ihren Abteilungsleiter wendeten, diese Zahlung von der Betriebsleitung nur teilweise und bei der gegebenen Sachlage in ungenügendem Maße zugestanden.

Ich halte die mangelhafte Disziplin in vielen Betrieben für die allerschlimmste Betriebskrankheit, aber auch zugleich das Mittel der Entlassungsandrohung und Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft für das ungeeignetste Medikament dagegen.

Uns scheinen diese Belehrungen an die richtige Adresse gerichtet zu sein. Ob sie wohl einen Erfolg haben werden?

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Ehrenurkunden. Vom Vorstand wurde die Anfertigung neuer Ehrenurkunden für die Verbandsjubilare in Auftrag gegeben. Der Versand kann jedoch erst ab 15. September erfolgen.

Verbands-Taschenkalender. Für die Verbandsmitglieder wird der Verbandsvorstand einen Taschenkalender 1929 herausgeben und zum Selbstkostenpreis von 50 Pfennig auf Bestellung abgeben.

Die Ortsgruppenvorstände werden ersucht, sofort Bestellungen bei den Mitgliedern in Umlauf zu setzen und die Gesamtbestellung auf den Bestellkarten bis spätestens 1. Oktober aufzugeben.

Warnung vor Schwindler. Das Mitglied Willi Kaufmann, geb. am 25. 6. 1901, eingetretten am 3. März 1928 in Kassel, ist anzuhalten.

Aus den Gauen und Bezirken.

Adressenänderung. Heidelberg: Vorsitzender: Max Kirchner, Blumstraße 3.

Adressenänderungen. Lübben: Dorf, Oswald Str. 1, Gubener Tor 4; Kassierer Otto Merting, Marktstraße 8.

München. (Marlus Papp f.) Nach langer und schwerer Krankheit verstarb unser langjähriges Mitglied, Kollege Marlus Papp, Brauereiarbeiter, im Alter von 54 Jahren.

Central-Kranken- u. Sterbefälle Deutscher Böttcher und anderer gewerblicher Arbeiter

Für unsere Kollegen bietet der beste Schutz gegen wirtschaftliche Not die Zugehörigkeit zu obiger Kasse. Seit rund 50 Jahren besteht diese, und hat im Laufe dieser Zeit viel Geld und Not einer großen Anzahl ihrer Mitglieder bei Krankheit und Unfall ferngehalten.

Albert Rindt, Bremen, Wichmannstraße 4

Nachruf! Am Sonnabend, dem 18. 8. 1928 starb an den Folgen eines Unfalls der langjährige ehemalige Vorsitzende der Ortsgruppe Neustadt (Orla) und langjähriges Mitglied des Verbandes, Kollege Paul Herrmann.

Inserm Kollegen Karl Dornier nebst seiner lieben Frau Babette nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Rürnberg. Seine Bäckerkollegen.

Inserm werten Kollegen in der Schloßbrauerei Günzach, Heinrich Brenner, Brauer, und seiner lieben Frau Theresia, zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Inserm Kollegen Karl Friedrich Kapp, Brauer, zum 45 jährigen Arbeitsjubiläum nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Brauerei Werger H. G., Worms.

Brauerschuhe aus Kernenleder, wasserfest, extra starke Sohlen mit Gummifüllung. Paar 7,50 RM. Ser. 3. Nachnahme sofortiger billigt. Fellreiter, München, Ledererstr. 5 B.

Backmeister gesucht

Führende Firma der Backhilfsmittelbranche sucht zum baldmöglichsten Eintritt einen erstklassigen, tüchtigen Backmeister mittleren Alters mit großer praktischer Erfahrung.

„Wasserteufel“ die anerkannt besten Brauerschuhe aus 90 braunem Kernenleder, pro Paar zu 8,90 RM., sowie Schaffstiefel in allen Schaffstößen, liefert zu billigsten Preisen. Josef Urban, Cham in Bayern

JOHANN HARDERS / Holzschuhfabrik Altona-E., Adolfstr. 28. Nur la. kräftig, Kuddel mit Absatz-eisen, kräft. Ledersohle u. mit Nägeln versehen, p. Paar RM 7.- extra. 30 cm Schaftöhe 25-31 cm RM. 12.- 45 cm Schaftöhe 25-31 cm RM. 18.-

Bestfedern 1 Kilo graue gechlörte G.-M. 3.-; halbweiche G.-M. 4.-; weiche G.-M. 5.-; bessere G.-M. 6.-; beste Sorte G.-M. 12.- bis 14.-; weiche ungechlörte Bestfedern G.-M. 7.-; 9,50, 11.- Versand franco, sofort gegen Nachnahme. Käufer frei Umtausch oder Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhm.

Mühlenindustrie

Betriebsdisziplin und Menschenbehandlung.

Die „Allgemeine deutsche Mühlenzeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift eines praktischen Betriebsingenieurs zu dieser Frage, die wir infolge ihrer wertvollen Gedankengänge ungekürzt unseren Mitgliedern unterbreiten.



FRAUENRECHT



Die Frauen im Crimmitschauer Streik 1903.

In jenem gewaltigen, sechsmonatigen Machtkampf des Jahres 1903 in Crimmitschau, in dem eine heldenmütige Textilarbeiterin mit kalt rechnenden, von den Behörden unterstützten Unternehmern um die Erreichung des Zehnstundentages kämpften, haben Frauen unerschütterlich in der vordersten Kampflinie gestanden. Eine mustergetreue gewerkschaftliche und politische Erziehungsarbeit hat in jenen Tagen des rigorosesten Kampfes unvergeßliche Erfolge gezeitigt.

Gerade unter der Crimmitschauer Textilarbeiterin waren Frauen in der Ueberzahl, ja wurden, aus Gründen einer billigeren Entlohnung von den Unternehmern bevorzugt. Diese Frauen spürten die unwürdigen Verhältnisse, in denen sie leben mußten, noch mehr als ihre männlichen Kollegen. Mußten sie doch außer der zehnstündigen, zwölfstündigen und früher vierzehnstündigen Arbeitszeit noch eine Familie betreuen, mußten sogar noch in einem Alter von fünfzig Jahren und mehr hinter dem Wehstuhl stehen, in notdürftig gelüfteten Räumen, bedeckt mit Wollstaub, umgeben vom ständigen Atem der Maschinen. Für diese Frauen war der Kampf um die Verbesserung ihrer Existenz geradezu eine seelische Angelegenheit der Frau, der Gattin, der Mutter. Eine Stunde Freizeit mehr bedeutete für sie eine Stunde der Fürsorge mehr für den Mann, für die Kinder.

Als der Streik begann, standen sie nur zu verständlich in der vordersten Linie, ja munterten die Männer auf, ließen sich keine Mühe verdrießen, buchstäblich Tag und Nacht auf dem Posten zu sein. Sie fürchteten sich weder vor der Polizei, die sie oft genug als Streikpostenführerinnen, mit dem Stricktrumpf in den Händen, aufschrieben und arretierten, noch vor den Verhören der Unternehmer, sie mit Geldgeschenken und sonstigen Auerbieten zur Wiederaufnahme der Arbeit zu verlocken. Aber nicht nur in der organisatorischen Kleinarbeit des Streiks betätigten sich die unerschrockenen Kämpferinnen, sie traten in öffentlichen Versammlungen mutig für die Forderungen der Streikenden ein. Sie waren durch nichts in ihrem Kampfe zu erlahmen. Noch heute, unter einer veränderten politischen und sozialen Lage sind sie ein leuchtendes Vorbild im Kampfe um die Befreiung des Proletariats.

Wochenhilfe bei Kassenwechsel.

Während die grundlegenden Bestimmungen der reichsgesetzlichen Wochenhilfe und Familienwochenhilfe unter den Kreisen der Versicherten wohl allgemein bekannt sind, herrscht doch noch vielfach Unklarheit über die kleineren Ausführungsbestimmungen. In sehr vielen Fällen sind gerade diese nebensächlicheren Vorschriften für

die Wöchnerinnen von großer Bedeutung. Es ist dies meist dann der Fall, wenn es sich um Streitfälle handelt. Eine der Fragen, über die unter den Versicherten noch mancher Zweifel herrscht, ist die der Leistungsgewährung bei Kassenwechsel. Der Absatz 5 des § 195a der Reichsversicherungsordnung bestimmt hierüber: „Wechselt eine Wöchnerin während der Leistung der Wochenhilfe die Kassenzugehörigkeit, so bleibt die erstverpflichtete Kasse für die weitere Durchführung der Leistung zuständig.“ Ein derartiger Kassenwechsel kann dann eintreten, wenn die Wöchnerin innerhalb der sechs Wochen nach der Niederkunft (Bezugszeit des sogenannten Wochengeldes) die Arbeit wieder aufnimmt, und zwar in einem anderen Betriebe, der einer anderen Krankenkasse angehört. Diese Fälle sind in der Praxis durchaus nicht so selten. Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist also die erste Kasse zur Weitergewährung der Wochenhilfeleistungen verpflichtet. Nun ist jedoch bei dieser Frage noch eine andere Sache von großer Bedeutung. Für die Zeit nach der Entbindung wird in der Wochenhilfe nur dann das Wochengeld im vollen Betrage (Höhe des Krankengeldes) gewährt, wenn die junge Mutter während dieser Zeit keine Lohnarbeit verrichtet. Der Absatz 4 des bereits erwähnten § 195a bestimmt nämlich, daß für die Zeit nach der Entbindung, in der die Wöchnerin gegen Entgelt arbeitet, nur das halbe Wochengeld gewährt wird. Da nun einem Kassenwechsel während der Bezugszeit des Wochengeldes logischerweise erst die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung vorangehen muß, so erhält dann die Wöchnerin von der ersten Kasse nur das Wochengeld in halber Höhe ausgezahlt. kl.—s.

Neuregelung des Jugendschutzes in England.

Dem Abgeordnetenhaus liegt ein Gesetzentwurf zur wirksameren Regelung des Schutzes der Kinder und Jugendlichen in verschiedenen Gewerben vor. In der Gesetzgebung über die Arbeitszeit besteht eine beträchtliche Lücke. Kinder unter 14 Jahren unterstehen dem Gesetz über die Frauen- und Kinderarbeit. Jugendliche Personen über 18 Jahre sind durch das Fabrikgesetz geschützt, während Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren keinerlei gesetzlichen Schutz genießen. Laufjungen, Boten, junge Angestellte in Cafés usw., Hotel- und Klubdiener, jugendliche Angestellte in den Kinos sind weder durch das Gesetz über die Fabrikarbeit, noch durch das Gesetz über die Arbeit in den Bädern, noch durch das Gesetz über den öffentlichen Unterricht geschützt. Die Arbeitgeber können, was zuweilen vorkommt, die jugendlichen Angestellten in einer Weise in Anspruch nehmen, die ihnen körperlich und geistig schadet. Laufjungen arbeiten häufig von 6.30 morgens bis 8.30 Uhr abends, von 8 Uhr morgens bis 8.30 Uhr abends oder von 4 Uhr morgens bis 5 Uhr abends. Die Hotelpagen werden bis fast nach Mitternacht beschäftigt, während die Klubdiener bis

2 und 3 Uhr morgens arbeiten. Der vorliegende Gesetzentwurf beabsichtigt, den Ortsbehörden die Vollmacht zur Regelung dieser Frage zu übertragen. Der Gesetzentwurf ist in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien aufgestellt worden.

Kinderelend.

Auf Grund eines Beschlusses der Stadtverordneten in Köln wurde im Oktober vorigen Jahres eine Untersuchung der Kölner Volksschulkinder auf ihren Bekleidungsstand hin unternommen. Nach dem jetzt bekannt werdenden Ergebnis wurden 7000 Kinder untersucht, und zwar so, daß eine Vorbereitung der Untersuchten auf die Kontrolle nicht möglich war. Es wurde festgestellt, daß etwa acht Prozent der Kinder ganz ohne Leibwäsche gewesen sind. Jedes zwölfte Kind in den Kölner Volksschulen war also noch nicht einmal im Besitz eines Hemdes. Bei 3,7 Proz. der Kinder fehlte ein Teil der Unterwäsche; Unterröcke oder Hosen.

Diese Zahlen beweisen, welche ungeheure Not in weiten Kreisen des Volkes herrscht und wie leichtsinnig und unverantwortlich das Gerede vom „Wohlfahrtsstaat“ ist, den die Scharfmacher und Reaktionen aller Schattierungen abzubauen fordern.

Allgemeines.

Der Frauenhandel in Deutschland. In dem Bericht des Völkerbundes über die Ausdehnung des Frauen- und Mädchenhandels und die Verbreitung der Prostitution in den einzelnen Staaten befindet sich ein Teil, der sich mit den Verhältnissen in Deutschland befaßt. Man hat vor allem die Verhältnisse in den beiden Städten Hamburg und Berlin studiert. Nach dem Bericht gibt es in Hamburg etwa 2200 Frauen, die sich der Prostitution hingeben, und in Berlin etwa schätzungsweise 12000, von denen vor dem neuen Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 6000 unter polizeilicher Aufsicht standen. Wie von untersuchenden Persönlichkeiten gesagt worden ist, war die polizeiliche Kontrolle sowohl in Hamburg wie auch in Berlin außerordentlich scharf. Der Verkauf von unsittlichen Bildern usw. ist sehr schwierig. Die deutsche Regierung hat in ihrer Antwort an das Völkerbundskomitee erklärt, daß Deutschland heute kein Land mehr ist, nach dem fremde Mädchen eingeführt werden, sondern mehr ein Durchgangsland. Ausländerinnen, die sich in Deutschland der Prostitution hingeben, werden ausgewiesen. Die deutsche Polizei hat festgestellt, daß in den meisten Fällen die Frauen aus Deutschland nach den Balkanländern verschleppt werden. Nach Ansicht des Völkerbundskomitees ist es nötig, in Deutschland ein Schutzgesetz für Artistinnen zu schaffen. Der Bericht führt ein Beispiel an, in dem eine Gruppe von deutschen Artistinnen in Südamerika ohne Beschäftigung und Mittel war. Es haben sich zwei von vier Mädchen erschossen, eins ist verschwunden und nur das vierte hat jemand gefunden, der sich seiner später angenommen hat. Der deutsche Export von Frauen wird vor allem in Bremen und Hamburg organisiert. Sehr viele Frauen stammen nicht aus den Städten, sondern vom Lande.

Wie sie zur Prostitution kamen.

35 Lebensfragmente bordellierter Mädchen.

Eine Frau hat den Mut gehabt, das Leben der Bordellmädchen dort aufzuspüren, wo es sich in seiner ganzen Brutalität und Hoffnungslosigkeit am unverschämtesten zeigt: bei den Prostituierten und an der Spitze ihres „Wirkens“ selbst.

Kurz vor dem 1. Oktober 1927, als die Bordelle in Deutschland gesetzlich aufgehoben wurden, hat Elga Kern in badischen Bordellen den Lebensweg von 35 außerhalb der anerkannten Normen und abseits der sogenannten bürgerlichen Rechte lebenden Frauen aufgezeichnet. Die jüngste von ihnen zählte 24, die älteste 39 Jahre, während 22 von der Gesamtzahl zwischen 25 und 30 Jahre alt waren. 20 der befragten Mädchen bekamen sich zur katholischen, 15 zur evangelischen Religion.

Das Ergebnis ihrer Nachforschungen hat Elga Kern in einer Schrift „Wie sie dazu kamen“ bei Ernst Reinhardt in München veröffentlicht. Es ist dies keine sentimentale Nußweide über das Thema „gefallene Mädchen — verlorene Seelen“. Im Gegenteil ist die Verfasserin streng gewissenhaft-wissenschaftlich vorgegangen. Sie hat die Aussagen der Prostituierten fast wörtlich niedergeschrieben, hat beschrieben, was sie mit eigenen Augen gesehen hat und hat endlich durch Feststellungen aus amtlichen Akten die Aussagen der Mädchen kontrolliert — und fast vollständig bestätigt bekommen.

Um so eindrucksvoller die Anklagen, die dieses Buch entgeglicher Tatsachen gegen mitleidloses Pharisäertum, gegen die spießbürgerliche Moral mit dem doppelten Hosenboden und vor allem gegen das

abscheuliche — auch vor dem Menschenleib nicht halt machende — Ausbeuterystem der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ schleudert. Und wir Sozialisten finden in den meisten dieser 35 Gogatha-Lebenswege erniedrigter Frauen eine Bestätigung für unsere Lehre, daß der Mensch in der Hauptsache das Produkt seiner Umgebung und besonders seiner sozialen Lage ist.

Dem vor allem fällt es auf, daß die meisten der Bordellmädchen proletarischer Herkunft sind, höchstens ist der Vater ein kleiner Gewerbetreibender oder Geschäftsinhaber. In der Mehrzahl haben sie keine sehr wohlbehütete Jugend verlebt. Mehrere sind inmitten einer großen Kinderchar aufgewachsen, oft waren die familiären Verhältnisse denkbar ungünstigen: der Vater trank, hielt nicht zur Mutter, kümmerte sich nicht um die Kinder. Der frühzeitige Tod entweder der Mutter oder des Vaters und die Wiederverheiratung des überlebenden Elternteils stößt das Leben der einzelnen Mädchen oft in ganz andere Bahnen und lockert die Familienbände.

Auffallend zahlreich sind unter den 35 Mädchen solche, die in der Schule schlechte, oder mittelmäßige Schülerinnen waren. Viele von ihnen erklären, daß ihnen schon in der Kindheit aller Zwang verhasst gewesen ist und sie darum allein aus Rebellion gegen den Schulzwang mit ihren Mitschülern in Konflikt geraten sind. Durch leichtes Blut und leichtem Sinn zeichnet sich manche von ihnen frühzeitig aus, aber das ist zum Teil wohl auch darauf zurückzuführen, daß einzelne der Mädchen körperlich außergewöhnlich früh reif waren.

Nach ihrer Schulentlassung mußten alle 35 Mädchen an Erwerb denken. Gleich sind sie

in den reißenden Strom des Lebens: als Lehrling, Dienstmädchen, Serviermädchen, Fabrikarbeiterin, Bardame. Sofern sie nicht außerhalb ihres Heimatortes leben, bekümmern sich die Eltern wenig um die Mädchen, zwischen Eltern und Kind besteht nur geringes Vertrauen. Aber das Leben lockt und wirft die Mädchen hier und dort hin. Die meisten finden in jungen Jahren ihren ersten Freund oder Schatz. Völlig unwissend oder mit falschen Vorstellungen haben sie durchweg als blutjunge Mädchen den ersten Verkehr. „Der Erste“, der sie gewöhnlich nach mehr oder weniger kurzer Zeit verläßt, spielt in ihrem Leben eine große Rolle. Selbst im Schmutz ihres Bordellebens bewahren sie ihm oft ein reines Andenken.

Gewiß ist der Lebenslauf jedes der 35 Mädchen von den übrigen verschieden. Aber übereinstimmend werden sie alle durch widrige Umstände in die Hölle des Bordells getrieben. Die einen werden durch üble Mädchenbekanntschaft dazu überredet. Andere sind zuerst Gelegenheitsprostituierte, die durch Polizeidrangsalierung vom Straßenstrich ins Bordell getrieben werden. Wieder andere sehen sich vom Leben und den Mitmenschen mißhandelt und gehen ins Bordell, um vom Hunger, vom Geldmangel und ihrer unsicheren Existenz loszukommen. Einige wenige erklären, daß sie die Aussicht durch den Verkauf ihres Körpers viel Geld zu verdienen, ins Bordell gelockt habe. Da sei es immer noch gemüthlicher als draußen und man habe da wenigstens jeden Tag einen Platz zum Schlafen, meint eins der Mädchen resigniert. Uneheliche Mutterchaft, Brutalität der Zuhälter, Vorspiegelung falscher Tatsachen durch Bordellagenten — das wird in einzelnen Fällen von den Mädchen als Grund angegeben, daß sie in ein öffentliches Haus gekommen sind. (Schluß folgt.)